

Was wird in den nächsten sechs bis acht Monaten?

Von Klaus Höpcke, Stellvertreter des Ersten Sekretärs der Universitäts-Parteileitung

Der Kampf um die Lösung des Grundproblems der Weltpolitik – um die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz – ist in eine neue Phase eingetreten. An ihrer Schwelle steht die durchgreifende Entlarvung der amerikanischen Aggressionspolitik bei Swerdlowsk und in Paris. Die meisten Universitätsangehörigen haben das Auftreten des Genossen Chruschtschow gegenüber den provokatorischen Handlungen und Erklärungen Eisenhowers, Dulles', Nixons, Dillons und Herters lobhaft begrüßt. Für viele blieb aber trotz verschiedener Ausprägungen noch die Frage offen, was nun weiter wird.

Fragen, die nicht nur Dr. Hecht bewegen

Manche Universitätsangehörigen befürchten, in sechs bis acht Monaten, also in der für das erneute Zusammentreffen einer Gipfelkonferenz von Genossen Chruschtschow vorgeschlagenen Frist, sei nichts gebessert. An der Zahnklinik kam diese Befürchtung während der letzten gewerkschaftlichen Zusammenkunft der Ärzte beispielsweise so zum Ausdruck: Nachdem ein Kollege dargestellt hatte, daß die Demaskierung der Aggressoren durch Chruschtschow die Atmosphäre gereinigt und folglich günstige Bedingungen für den Friedenskampf in der nächsten Zeit geschaffen habe, wandte Kollege Dr. Hecht ein, ob die aggressiven Kreise nicht ihre Entlarvung in einen Angriff auf das ganze amerikanische Volk umfächeln und so die Bevölkerung der USA irreführen könnten und ob ferner nicht die Verbündeten der USA enger zusammenrücken? Zeuge das nicht davon, daß die Möglichkeiten für Verhandlungen, Verständigung und Entspannung geringer geworden sind?

Diese Fragen haben einen realen Hintergrund: das hysterische Gezeter des aggressivsten Teils der USA-Senatoren, das Ansteigen der Börsenkurse für Rüstungsaktien an den Wallstreet-Banken, die Mittäterschaft Adenauers bei der Sabotage der Gipfelkonferenz, die Deckung der Provokationspolitik der USA-Regierung durch die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs.

Aber Kollege Dr. Hecht übernahm bei seinen Fragen, was auch manchmal anderen Kollegen nicht genügend bewußt ist und deshalb besonders hervorheben zu werden verdient:

Tatsachen beweisen: Die Völker bestimmen die 1960er Perspektiven

Sechs bis acht Monate im Jahre 1960 – das sind vor allem Monate des weiteren erfolgreichen Vordringens der Staaten des sozialistischen Weltsystems bei der Erfüllung des Siebenjahrplans. Wenn wir in der DDR in dieser Zeit die Pläne weiter so erfüllen und übererfüllen wie im 1. Quartal dann werden wir die rekordhohe Produktionszuwachsrate von zwölf Prozent im Jahre 1959 in diesem Jahr sogar noch übertreffen. Beifügig durch die Entlarvung der Aggressoren durch Genossen Chruschtschow werden Arbeiter und Bauern, Angestellte und Ingenieure und nicht zuletzt die Angehörigen der Universität dafür sorgen, daß gerade das geschafft wird. Wir verbessern vor allem die Qualität unserer Arbeit auf allen Gebieten, weil das von ausschlaggebender Bedeutung für die volle Erfüllung unserer Pläne ist. Wir rücken der Lösung unserer ökonomischen Hauptaufgabe näher. Westdeutschland im Pro-Kopf-Verbrauch zu überflügeln. Wir gestalten unser eigenes Leben immer schöner und erheben so in noch stärkerem Maße als bisher Einfluß und Wirkung des sozialistischen Lagers im internationalen Leben. leisten so insbesondere einen Beitrag zur Ausschaltung des westdeutschen Militarismus.

Sechs bis acht Monate im Jahre 1960 – das sind zweitens Monate, in denen die Völker das USA-Kriegspakt-Joch immer mehr zerschlagen und so nicht nur den Resten des alten imperialistischen Kolonialregimes, sondern vor allem den Pfeilern des Neokolonialismus US-amerikanischer und westdeutscher Prägung weitere vernichtende Schläge versetzen. Zeugen davon nicht die hervorragenden Kämpfe der Bevölkerung Südkoreas sowie des türkischen und japanischen Volkes? Wer wollte annehmen, daß es mit dem Sturz Li Syng-mans und Mendevess sein Bewenden hätte? Sind die Ursachen des Kampfes gegen diese verbrecherischen Einheitschur der aggressiven Provokationspolitik des Pentagons nicht vielmehr von geradezu aufreißender Aktualität für die Völker einer ganzen Anzahl weiterer Länder, die schon lange darauf brennen, mit ihren eigenen Li Syng-mans und Mendevess aufzuräumen? Scheinbar ohne zu bemerken, wie sehr sie Adenauer und sein Re-

gime charakterisierte, leitartikelte am 29. April die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ zur Beseitigung Li Syng-mans unter der Überschrift „Der Sturz eines alten Mannes“; ... so beruht das schließlich darauf, daß der Präsident (Li Syng-man) den Gleichschritt und den inneren Gleichklang mit der Nation verloren hatte. Er hatte sich selbst und seinen historischen Augenblick überlebt.“

„Verloren hatte“? Ja, richtig. Aber das war wohl vor 70 bis 80 Jahren, lange bevor er von der USA-Reaktion zum südkoreanischen Diktator gemacht wurde. Und Adenauer? Er hat den inneren Gleichklang mit unserer Nation auch noch nie besessen, wie seine separatistischen und vaterlandsverräterischen Untriebe seit 1933 beweisen. Und wird nicht von Tag zu Tag klarer, daß er seinen „historischen Augenblick“ gar nicht mehr überleben kann, weil seine Konzeption schon vor ihrer Verkündung geschichtlich geschlagen und überlebt war?

Es ist gewiß: Auch die schamloseste und verlogenste Hetze der psychologischen Kriegführungszentralen des Kriegeministers Strauß und seiner Kumpane kann nicht verhindern,



Adenauers Ahnungsgalerie
Aus „Neues Deutschland“

daß über diese Vorgänge und Zusammenhänge nachgedacht wird und daß in Westdeutschland, Spanien, dem Iran und einigen anderen klerikal-militaristischen, faschistischen und „kaiserlich-königlichen“ Sitzpunktländern der Aggressionspolitik das Volk aufsteht und sein Recht verlangt. Und das um so mehr, als die Pariser Lektion des Genossen Chruschtschow, die schonungslose Entlarvung der Provokateure und Aggressoren, den Völkern gezeigt hat:

1. Die Imperialisten sind – entgegen ihrer Friedensheuchelei – Feinde des friedlichen Zusammenlebens der Völker auf der Erde, und deswegen ist jede militärische Verbindung mit ihnen außerordentlich gefährlich.

2. Die Imperialisten sind heute alles andere, nur nicht allmächtig, wie sie sich selbst hinstellen versuchen. Durch standhaften Kampf der Friedenskräfte werden sie aus den höchsten Lüften heruntergeholt und aus ihren schmutzigen Schützengarnen des kalten Krieges hervorgeangelt. Sie werden vor aller Welt öffentlich gebrandmarkt. Sie werden verurteilt und eingesperrt oder zur Besserung nach Hause geschickt, wo sie vor dem eigenen Volk Rechenschaft ablegen müssen.

Sechs bis acht Monate im Jahre 1960 – das sind drittens Monate, in denen sich der Kampf zwischen den imperialistischen Mächten verschärft. Es ist kein Geheimnis, daß Macmillan und de Gaulle von der Sabotage der Gipfelkonferenz durch die Eisenhower-Regierung nicht gerade angehen waren, obwohl sie sie nach außen hin deden. Der Exponent der atomkriegswütigen Kreise des westdeutschen Monopolkapitals Adenauer und sein Kabinett dagegen haben die Sabotage der Konferenz seit Monaten selbst mit betrieben – sowohl durch politische Auftritte und Intrigen als auch durch ihre Blitzeisübungen und andere Provokationen gegen die DDR als auch mit ökonomischen Mitteln. Wer wollte angesichts dessen mit der Verstärkung der „westlichen Einheit“ rechnen? Zumal der Streit EWG-EFTA die verschiedenen USA- und NATO-Partner in Westeuropa in immer tieferer Gegensätze führt!

Viertens schließlich ist zu beachten, daß in den nächsten sechs bis acht Monaten wichtige Kämpfe in den USA selbst ausgefochten werden, in denen sich nicht nur das verklärte Volk und die Kapitalisten gegenüberstehen, sondern in denen ein tiefer Riß auch die Monopolbourgeoisie zerklüftet. Der Kampf geht um die Schlussfolgerungen aus dem Pariser Debakel der Eisenhower-Regierung. Die aggressive Fraktion fordert eine

noch abenteuerlichere Politik. Die realistisch denkenden Politiker befürworten Verhandlungen und Ausschaltung der Provokationspolitik. Gegensätzliche Profitinteressen sind die Beweggründe, der Kampf um den Präsidentensessel anläßlich der im November bevorstehenden Wahlen verschärft die Auseinandersetzung. Wovon zeugen diese Tatsachen?

Sie zeugen davon, daß sechs bis acht Monate 1960 nicht sechs bis acht Monate irgendwann sind. Sie zeugen davon, daß in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts jedem Jahr, jedem Monat, ja jedem Tag vom Handeln der Völker, an der Spitze der Völker des sozialistischen Weltsystems, der Stempel aufgedrückt wird. Diesem Umstand müssen auch die imperialistischen Politiker Rechnung tragen.

Wer den Gipfel scheut, kommt in den Abgrund

Es reift eine neue Situation heran. Diejenigen, die mit den höchsten Repräsentanten des sozialistischen Weltsystems nicht im Sinne friedlicher Koexistenz verhandeln wollen, werden von den Völkern ausgeschlossen. An den Verhandlungstischen kommen jene, die Verhandlungen wollen. Wer das nicht will, hat die Chance verpaßt, mitzureden, wo der Gang der Ereignisse und die Gestaltung der gegenseitigen Beziehungen von den bevollmächtigten Vertretern der Großmächte besprochen werden. Die Fortsetzung einer verständigungsfeindlichen Provokationspolitik zieht vernichtende Gegenschläge, die Nichtteilnahme an den entscheidenden Verhandlungen und somit die Degradierung zur zweitrangigen

Macht nach sich. Wer den Gipfel scheut, kommt in den Abgrund. Das dürften die Imperialisten aller Schattierungen in Paris im Mai 1960 kennengelernt haben. Der Vorschlag des Genossen Chruschtschow, bei dem anzustrebenden Gipfeltreffen in einigen Monaten die Großmächte Asiens hinzuzuziehen, wird die Erkenntnis noch verstärken. Dieser Vorschlag hat jenen, die unmittelbar nach Paris noch immer nicht begreifen wollten, wie heute das internationale Kräfteverhältnis aussieht, ein böses Erwachen bereitet. Den Völkern aber zeigt er den hellen Weg ihrer weiteren Befreiung von der Gefahr jeglichen imperialistischen Diktats und von der verbrecherischen US-amerikanisch-westdeutschen Aggressions- und Atomkriegspolitik.

So zeigt sich, daß die Kollegen unter uns irren, die die nächsten sechs bis acht Monate für eine unbedeutende Frist halten oder ihren Sinn auf die USA-Wahlen reduzieren. Diese Monate sind vielmehr eine Zeit von großer historischer Bedeutung, sie werden als eine Ära höchster Anstrengungen der Völker in ihrem komplizierten, aber erfolgreichen Kampf um den Frieden in die Geschichte eingehen. Die Imperialisten ersetzen ihr Aggressionsstreben durch Verhandlungsbereitschaft nur unter dem starken Druck des Kampfes der Völker. Um die Verstärkung eben dieses Kampfes geht es in der nächsten Zeit.

Mit dem Deutschlandplan des Volkes gegen den Westzonen-Li-Syng-man!

Sollen die kommenden Monate in Deutschland so genutzt werden, wie es notwendig ist, muß vor allem der Kampf um die Niederrückung des westdeutschen Militarismus und Revanchismus verstärkt werden. Die Clique Adenauer-Globke-Schröder-Strauß muß eine eindeutige Abfuhr erhalten. Oder wollen wir zulassen, daß entsprechend den Verkündungen von Strauß vor dem NATO-Rat in Paris am 18. Dezember 1959 sowie von Adenauer und Brentano auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe im April 1960 demnächst aus den Blitzkriegsmanövern „Side-step“ und „Winterschild“ abenteuerliche Einmäße der Bonner Aggressoren in unsere Republik hervorgehen? Adenauers Äußerungen vor dem Bonner Bundestag am 24. Mai 1960 haben bewiesen, daß die westdeutschen Militaristen zu einer Aenderung ihrer Politik nicht fähig sind, selbst wenn deren Scheitern immer offenerbar

wird. Diese Tatsache aber weist uns mit Nachdruck darauf hin, daß wir vor allen Völkern eine hohe Verantwortung tragen, daß die Bändigung des westdeutschen Militarismus, seine konsequente und endgültige Ausschaltung größte Bedeutung für die Erhaltung des Friedens auf der Erde hat.

Unsere Hauptwaffe in diesem Kampf ist der vom Zentralkomitee der SED in seinem offenen Brief an die westdeutsche Arbeiterschaft vom 17. April entwickelte Deutschlandplan des Volkes. Es gilt, auf der Grundlage des Deutschlandplans alle Friedenskräfte gegen die Bonner Militaristen zusammenzuschließen. Das erfordert, die Fragen der Bewußtseinsbildung und Erziehung aller Menschen auch an unserer Universität stärker in den Mittelpunkt der Tätigkeit der Grundorganisationen der SED sowie der Gewerkschaftsgruppen und FDJ-Grundeinheiten und -gruppen zu rücken. Es kommt darauf an, wie Paul Fröhlich, Kandidat des Politbüros des ZK der SED und Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig, auf der Bezirksdelegiertenkonferenz am 26. Mai ausführte, „jetzt alle Maßnahmen einzuleiten, damit die Politik unserer Partei bis in das letzte Haus getragen wird und alle Menschen von der Richtigkeit und Gesetzmäßigkeit des Sieges des Sozialismus überzeugt werden. Ist diese politische Perspektive jedem klar, dann ist die wesentliche Voraussetzung für die Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe gegeben“. Paul Fröhlich sagte weiter: „Die leitenden Organe der Partei müssen ständig die politische Lage und die Entwicklung des Bewußtseins in den verschiedenen Klassen und Schichten der Bevölkerung einschätzen und planmäßig das sozialistische Bewußtsein unter den Massen entwickeln, indem sie zielstrebig auf die Massen einwirken, ihre Fragen beantworten und dabei von ihnen lernen.“

Die Leitungen der Grundorganisationen unserer Partei an den Instituten und Fakultäten haben die Aufgabe, bis Mitte Juni die wesentlichen Fragen der Universitätsangehörigen in ihrem Wirkungsbereich zu analysieren und auf dieser Grundlage langfristige Pläne für ihre ideologisch-politische Tätigkeit in der nächsten Zeit auszuarbeiten. Bis zum 18. Juni werden in Vorbereitung der 9. Tagung des ZK der SED und in Auswertung der Bezirksdelegiertenkonferenz Mitgliederversammlungen durchgeführt, in denen alle Grundorganisationen zu den Aufgaben im weiteren Kampf um die Bändigung des westdeutschen Militarismus nach der Entlarvung der Aggressoren durch Genossen Chruschtschow in Paris und im Besonderen zu den Aufgaben bei der Qualifizierung des Nachwuchses und in Vorbereitung der Prüfungen der Studenten sowie der Sommerlager Stellung nehmen. Die parteilosen Wissenschaftler, Studenten, Arbeiter und Angestellten sollten in breitem Umfang ihr Recht wahrnehmen, den Mitgliedern der SED Anregungen zur Beratung dieser Fragen zu unterbreiten, und die Grundorganisationen haben die Pflicht, diese Anregungen zu suchen und sorgfältig auszuwerten. Auf diese Weise werden sowohl die erwähnten Pläne zur ideologisch-politischen Arbeit als auch die Mitgliederversammlungen zu einem weiteren Aufschwung der politischen Aktivität und infolgedessen der fachlichen Leistungen aller Angehörigen unserer Karl-Marx-Universität – dazu gehört auch die Verstärkung des eigenen Bemühens um die Verständigung mit westdeutschen Universitätskörperschaften, Professoren und Studenten über die gemeinsamen Aufgaben im Kampf gegen die Bonner Atomkriegspolitik.

So schlagen wir durch unsere Tat mit dem Deutschlandplan des Volkes den Li Syng-man der deutschen Westzone und seine Stützen – das klerikal-militaristische Regime der Adenauer, Strauß, Brentano, Globke, Schröder, das ohne Rücksicht auf die Interessen der westdeutschen Bevölkerung versucht, mit Terror und Betrug die Atomkriegskonzeption der aggressivsten Gruppe des westdeutschen Monopolkapitals, die verbrecherische Vernichtungskonzeption der Deutschen Bank, der AEG und des Siemens-Konzerns, der IG-Farben-Nachfolgegesellschaften und des Flick-Konzerns durchzusetzen.

Daß für den Ausgang unseres weiteren Kampfes um die Bändigung des westdeutschen Militarismus die Arbeit eines jeden von uns für die Vollendung des sozialistischen Aufbaus, für den Sieg des Sozialismus in der DDR von ausschlaggebender Bedeutung ist, bestätigt uns das bereits zitierte westdeutsche Monopolistenblatt „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ in einem Rückblick auf die Pleite der militaristischen Provokateure in Paris. Das Blatt schreibt: „Die notwendige Selbstüberprüfung des Westens darf jedoch nicht bei den politisch-diplomatischen

Technika stehenbleiben; sie muß weiter ausgreifen – bis ins Erziehungssystem und Forschungswesen. Die Überlegenheit der sowjetischen Raketentechnik... darf nicht länger als etwas Zufälliges gewertet, muß vielmehr endlich ernst genommen werden.“

So wird einigen Universitätsangehörigen ausnahmsweise einmal von ganz unerwarteter Seite Antwort auf ihre Fragen zuteil! Studenten des Slawischen Instituts zweifeln, ob nicht der weitere zügige Aufbau des Sozialismus in unserer Republik uns in dem Bemühen um die Gewinnung aller Friedenskräfte zum Kampf gegen den westdeutschen Militarismus und Revanchismus, zur Verständigung der beiden deutschen Staaten über Verzicht auf Atomrüstung und Gewaltanwendung hindere. Was zeigt diesen Kommilitonen der Passus aus der „FAZ“? Er macht klar, daß sogar die Bourgeoisie der Westzone zu begreifen beginnt, daß unsere Erfolge nichts Zufälliges sind; das heißt aber nichts anderes als ausgesprochen anzuerkennen, daß sie auf der festgelegten Grundlage des sozialistischen Systems beruhen, und einzugestehen, daß eben die große Macht des Sozialismus die Hauptursache für das Fiasko der Aggressoren ist.

Oberassistent Huß zog die richtige Schlussfolgerung. Wer folgt seinem Beispiel?

Oberassistent Erich Huß vom Institut für Agrarökonomie der Landwirtschaftlichen Fakultät zog aus diesen Zusammenhängen die richtige Schlussfolgerung. In einer Diskussion über die Frage, welchen Beitrag wir leisten können, um den gefährlichen Umtrieben der Militaristen Einhalt zu gebieten, verpflichtete er sich gemeinsam mit der Kollegin Schults, einen Forschungsauftrag einen Monat früher als vorgesehen abzuschließen. Wie sagte doch Walter Ulbricht in seiner Rede auf der Großkundgebung in der Berliner Werner-Scoenblin-Halle? „Jeder Hammerschlag jeder Doppelzentner Getreide und Fleisch über den Plan hinaus, das ist ein Nagel zum Sarg des Krieges.“ Genosse Huß und Kollegin Schults haben das richtig verstanden. Ihrem Beispiel werden sicher viele Wissenschaftler und Studenten, Arbeiter und Angestellte folgen wollen.

Worauf es dabei ankommt, ergibt sich eindeutig aus den auf der Grundlage der Beschlüsse des Zentralkomitees und nach breiter Diskussion mit den Universitätsangehörigen von unserer Parteiorganisation besonders in der Entscheidung der Delegiertenkonferenz vom 14./15. April 1960 entwickelten Aufgaben. Es geht darum, durch sozialistische Gemeinschaftsarbeit in immer mehr Disziplinen den wissenschaftlichen Höchststand zu erreichen und mitzubestimmen.

Davon ausgehend, müssen vor allem die Verpflichtungen bei der Entwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses in jeder Hinsicht erfüllt werden. Das erfordert, wie die Vertrauensleute-Vollversammlung zeigte, seitens unserer Gewerkschaftsleitungen und -gruppen und der Institute und Fakultätsleitungen sowie des Prorektors für wissenschaftlichen Nachwuchs intensive Anstrengungen.

Nicht minder wichtig ist die Vorbereitung der Prüfungen durch Studentenschaft und Lehrkörper, was FDJ und Gewerkschaft gleichermaßen bewegen wird – nicht zu sprechen von den Institutsleitungen und Dekanaten sowie dem Prorektor für Studienangelegenheiten, zu deren ureigenen Pflichten die Vorbereitung und Auswertung der Prüfungen gehört. In diesem Jahr müssen die Prüfungen auf neue Art bewältigt werden. Sie sollen so durchgeführt werden, daß nicht nur für die einzelnen Studenten Noten herauskommen, sondern umfassende Analysen der Leistungsentwicklung ermöglicht werden. Das erfordert, schon jetzt neben der Vorbereitung auf die Prüfungen der Vorbereitung der späteren Auswertung alle Aufmerksamkeit zu schenken.

Drittens seien die Sommerferien erwähnt, die so zu gestalten sind, daß sie für alle Studenten eine eindrucksvolle, saftige und erlebnisreiche Zeit sind, in der sie sich rüsten – unterstützt von den Wissenschaftlern ihrer Institute und Fakultäten –, das neue Studienjahr mit neuer Kraft, mit neuen Eindrücken und Erkenntnissen schwungvoll zu beginnen und erfolgreich zu bestehen.

Man sage nicht: „Bis dahin ist noch etwas Zeit.“ Die Erfolge von morgen werden heute vorbereitet. Im Kampf der Völker gegen die Imperialisten, für ein glückliches Leben aller Menschen dürfen wir keinen Tag erlahmen. Vor allem jetzt gilt es, mit ganzer Kraft unsere Aufgaben in hoher Qualität zu lösen. Denn was in den nächsten sechs bis acht Monaten geschieht, hängt mit von uns ab.